

Volksstimme

Einelpreis 11 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannschuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechanzeige: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 5. bis 11. November 60 Milliarden Mark, Abnehmer 59 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die 10spaltige, 7 Millimeter breite Nonparetzeile 44 Mk., auswärts 108 Mk., Familienanzeigen und Stellengesuche 42 Mk., Vereinskalender 96 Mk., die dreispaltige, 10 Millimeter breite Reklamezeile 420 Mk., auswärts 540 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungsverleger, zurzeit 130 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiate keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 262.

Magdeburg, Freitag den 9. November 1923.

34. Jahrgang.

Stresemann über Bord.

Er fällt als Opfer der eignen Partei.

Das Kumpfkabine Stresemann muß jetzt einsehen, daß es mit seinem ultimativen Vorgehen gegen Sachsen und der Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen Selbstmord verübt hat. Die Deutschnationalen begnügen sich nicht mit dem kleinen Finger, den ihnen der gegenwärtige Reichskanzler reicht. Sie verlangen jetzt die ganze Hand und fordern Stresemann selbst als Opfer. Die zu diesem Zwecke von der äußersten Rechten im Reich und bei den bürgerlichen Fraktionen betriebene Agitation läßt bereits gewisse Erfolge erkennen. Die Redefrüchte Stresemanns werden an dem Laufe der Dinge nichts ändern, obwohl er in den letzten Tagen versucht hat, gestützt von einem „demokratischen“ Reichswehrminister, Anschluss nach rechts zu finden. Heute rächen sich seine Sünden, deren er sich in der innern Politik drei Monate lang schuldig gemacht hat. Er läuft sogar Gefahr, sie mit seiner politischen Existenz bezahlen zu müssen.

Die eigne Fraktion, die Volkspartei, ist ihrem „besten Manne“ mehr und mehr untreu geworden. Dank der Treulosigkeit gegen sich selbst muß Stresemann jetzt zusehen, wie viele seiner politischen Freunde in das Lager der Gegner innerhalb der eignen Fraktion abgewandert sind. Die Parole lautet nicht mehr Stresemann als Reichskanzler, sondern Scholz oder Heinze werden als die kommenden Männer genannt. Wenigstens hat sich das aus der am Dienstag bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion ergeben. Die Vorwürfe gegen Stresemann machten schließlich das Erscheinen des Angegriffenen notwendig, ohne daß er durch seine persönliche Verteidigung für sich selbst etwas gerechtfertigt hätte.

Rechtsschwenkung in der Volkspartei

findet ihre Stütze in einflussreichen Kreisen der Zentrumsfraktion. Als Anzeichen für die fortschreitende Rechtsorientierung dieser Partei ist auch die am Mittwoch erfolgte Wahl der auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Zentrumsangehörigen Stegerwald, Klöckner und Lange-Segermann zu Aufsichtsräten des Berliner Zentrumsorgans, der „Germania“, zu betrachten. An Stelle des Kampfes, der dieses Blatt jahrelang gegen die Reichszerstörung und Feinde der Republik geführt hat, dürfte jetzt die Fehde gegen alles Republikanische treten. Zwar hat die Zentrumsfraktion einen endgültigen Beschluß, sich an der Rechtsregierung zu beteiligen, noch nicht gefaßt, aber nach der augenblicklich, in maßgebenden Zentrumskreisen vorherrschenden Stimmung wird es Stegerwald gelingen, den größten Teil seiner Fraktionsfreunde gegen den früheren Reichskanzler Wirth zu einem derartigen Beschluß zu veranlassen.

Aber selbst bei der Zustimmung der Volkspartei und des Zentrums ist ein

Rechtskabinett mit den Deutschnationalen

ohne weiteres kaum möglich. Parlamentarisch wäre ein Ministerium aus Deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum schon deshalb nicht regierungsfähig, weil es außer der Sozialdemokratie und den Kommunisten wahrscheinlich auch die Demokraten — vorausgesetzt, daß sie auf ihren bisherigen Beschlüssen beharren —, in der Opposition finden würde. Immerhin ist es bei der Einstellung der Deutschnationalen zum Parlamentarismus und ihrem Einfluß auf weite Kreise der Volkspartei möglich, daß der Versuch gemacht wird, das parlamentarische Hindernis durch die gänzliche Ausschaltung des Reichstags mit stillschweigender Zustimmung der Zentrumsfraktion aus der Welt zu schaffen. Praktisch ließe das zunächst auf eine

gewaltsame Amtsenthebung des Reichspräsidenten

hinaus, der im Augenblick seine Zustimmung zur Auflösung des Reichstags wegen der politischen Gefahren nicht geben will.

Aber angenommen, daß trotzdem das Parlament mit Gewalt ausgeschaltet würde, können wir uns vorläufig nicht vorstellen, wie eine Einigung über die allgemeine Politik möglich werden soll. Die Deutschnationalen, die behaupten, bereits ein fertiges Regierungsprogramm zu besitzen, verlangen nicht nur einen wesentlichen Anteil an der „Butterkrippe“ im Reich und in Preußen, sondern verlangen auch den Bruch mit Frankreich, was auf das leichtfertige Hineinschlüßeln in einen neuen Krieg hinausläuft, dessen Ausgang unter den gegenwärtigen Be-

dingungen für einen vernünftigen Menschen nicht zweifelhaft ist.

Die Sozialdemokratie hat ihr möglichstes getan, ein Regime, das neues Unglück für Deutschland bedeutet, zu verhindern, ohne daß ihr das dauernd gelungen wäre. Für das, was in den nächsten Tagen geschieht oder nicht geschieht, sind deshalb nur die bürgerlichen Parteien und vor allen Dingen Stresemann verantwortlich, der als Reichskanzler erledigt sein dürfte, ganz gleich, welchen Ausgang die bestehende Krise nimmt.

Kommt die Rechtsdiktatur, dann sind wir sicher, daß der übergroße Teil des deutschen Volkes gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen das Direktorium der Inflationengewinner und des Industriekapitals führen wird. Hierüber schnell Klarheit zu schaffen, ist Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie ist dazu in der Lage durch das Verlangen nach sofortiger Einberufung des Reichstags. —

Der blinde Stresemann.

Der zeitige Reichskanzler und Chef des Kumpfkabinetts, das seinen Namen trägt, hat sich sehr zuversichtlich über seine „Differenzen“ mit Bayern geäußert. Er fürchtet weder eine bewaffnete Erhebung noch einen Abfall Bayerns — nur daß Bayern seine rechtsgerichtete Einstellung Deutschland aufzwingen wolle.

Nur? Und wenn doch „aufzwingen“ — mit welchen Mitteln? Leider hat darüber der blind gewordene Stresemann sich deutlicher nicht vernehmen lassen. Inzwischen ist die „rechtsgerichtete Einstellung“ in Bayern bis zur völligen Wiederherstellung aller monarchischen Bräuche gediehen. Was könnte Ruprecht Wittelsbach, wenn er nicht mehr Kronprinz, sondern König hieße, sonst noch tun, als das, was er am Sonntag in München getan hat: nämlich Paraden abnehmen und Grundsteine legen. Das war doch auch sonst die einzig sichtbare Leistung königlicher Regierungstätigkeit.

Und wenn Ruprecht die königlichen Ehren mit dem ehemaligen Lapezierengehilfen aus Oesterreich Adolf Hitler teilt, so ist da — bloß ins Groteske gehend — das Verhältnis zwischen Viktor Emanuel und Mussolini getreulich nachgebildet. Nur freilich mitten in dem grauenhaftesten Unheil, das je die leidgeprüfte deutsche Nation getroffen. Unter Elend, Hunger, Jammer, Hungersterben diese poffenhafte Komödie, diese Farce der Rechtsputzerei. Es ist, als ob die Dämonen der Tiefe mit der Todesnot des deutschen Volkes ihren Spott trieben.

Und daneben steht spottend, freut sich des erbärmlichen deutschen Gaders Poincaré und verkündet in seiner letzten Sonntagsrede, es ihn ihn doch nichts an, wenn sich vom Deutschen Reich Teile lösen wollten, er habe doch die deutsche Einheit nicht gewährleistet. Nur daß freilich von dem Separatistengefindel nicht einer in den Gassen einer rheinischen Stadt sich zeigen dürfte, stünde das ganze Treiben nicht unter französischem Waffenschuß und im französischen Solde.

Poincaré hat aber diesmal mit seiner Polemik gegen England mehr das Ziel verfolgt, die französischen Rentner zu beruhigen. Auch ein zerstückeltes Deutschland müsse die Reparationen zahlen, das sei Völkerrecht, meint Poincaré. Aber er weiß wohl, wie wenig wahr das ist und daß nach dem Abfall der Rheinlande nur die Befestigung des ganzen übrigen Deutschlands dessen Zahlungspflicht sichern könnte.

Man glaube aber nicht, diese Erwägung müßte Poincaré und die französischen Imperialisten in ihren Plänen, Deutschland zu zerstückeln, notwendig hemmen. Frankreich ist heute von allen kriegführenden Staaten wirtschaftlich in der günstigsten Lage. Triumphierend konnte der französische Handelsminister verkünden, daß in den letzten Monaten die passive Handelsbilanz verschwinden sei.

In der Tat, es gab keine dümmere Spekulation als die Gunos auf den Niedergang der französischen Währung. Frankreich, das Land ohne Kinder, das Land der dünnen Besiedlung, das Land des reichen Ackerbodens, es ist beinahe autark, sich selbstversorgend. Darum hat es zuerst von allen die Notwochen des Krieges überstanden. Es ist nicht wie England mit Hunderttausenden, ja Millionen seiner Arbeiter auf die Erträge der Ausfuhrindustrie, auf die Wiederherstellung der europäischen Märkte angewiesen. Die Erzeugnisse seiner Luxusindustrie kauft ihm der neue Reichtum der neuen Armutsländer noch gieriger ab als der alte Reichtum der Vorkriegszeit.

Während die deutsche Mark in New York gestrichen wird, verkündigt jubelnd der französische Handelsminister das Steigen des französischen Frank. Man muß also sich vor Illusionen hüten: wirtschaftliche Schwierigkeiten werden dem Treiben des französischen Imperialismus, dieses wahren Zerstörers Europas, nicht Halt gebieten.

Alles das könnte auch Stresemann sehen. Trotzdem bündelt er mit den Deutschnationalen an, um sich selbst politisch am Leben zu erhalten. Dieses Bündnis aber brächte erst recht keinen Tod. Ist Stresemann denn blind geworden oder stellt er sich nur so? Das eine wäre so schlimm wie das andre und wird nicht verhindern, daß er von seiner eignen Partei über Bord geworfen wird.

Es ist eben etwas anderes: regieren oder endlos plätschernde Reden halten. —

Die Reichswehr in Thüringen.

Staatsminister Frölich ist als Vorsitzender des thüringischen Staatsministeriums nach Eingang des Schreibens des Militärbefehlshabers des Wehrkreises 5, des Generalleutnants Reinhardt in Stuttgart, sofort bei den zuständigen Regierungsstellen in Berlin persönlich vorstellig geworden, weil für die Art des Einmarsches der Truppen keine Veranlassung vorlag.

Der Reichswehrminister hat darauf ein Schreiben folgenden Wortlauts an den thüringischen Staatsminister gerichtet:

In Erläuterung des Ihnen vom Wehrkreiskommando 5 zugegangenen Schreibens darf ich noch folgendes ausführen: Der Auftrag des Generals Reinhardt lautet dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen, was im ersten Satze dieses Schreibens zum Ausdruck kommt, wenn er von der bedrohlichen Lage in Thüringen spricht.

Ich bin der Ueberzeugung, daß Schutzpolizei und Reichswehr zu dieser Aufgabe völlig genügen, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppe bilden.

Ich wäre dankbar, wenn dem General Reinhardt bzw. dem örtlichen Truppenkommandeur General Hoff jede Unterstützung zur Lösung seiner Aufgabe geleistet würde.

Freitag: Sind die bewaffneten Organisationen in Bayern nach Ansicht des Reichswehrministers ebenfalls „unmöglich“ und eine „Gefahr für die Bevölkerung und die Truppe“? Wenn ja, welcher Auffassung ist General Reinhardt und wessen Auffassung ist die tatsächlich entscheidende?

Im übrigen sind wir mit dem Reichswehrminister darin einig, daß private bewaffnete Organisationen eine Gefahr sind, insbesondere dann, wenn sie von politisch extremen Parteien aufgestellt werden. Gegen die kommunistischen Hundertschaften läßt das Vorgehen der Reichsstellen an Schnelligkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Da die gleichen Reichsstellen aber die noch weit gefährlicheren monarchistischen Organisationen in Bayern nicht zu entdecken vermögen, machen wir auf eine Meldung des schwerindustriellen „Berliner Lokal-Anzeigers“ aufmerksam, dem aus Koburg berichtet wird, daß dort an bewaffneten Verbänden aufgestellt sind: Bund Wiking (ehemalige Brigade Ehrhardt), Jungdo-Regiment und Bund Bayern und Reich. Die Zahl der Wikinge gibt das rechtsstehende Blatt allein auf 4000 Mann an, womit wir die Angabe des Generals Reinhardt, der überhaupt nur von 2000 Mann zu melden weiß, zu vergleichen bitten.

Von Bedeutung ist schließlich auch die Mitteilung des gleichen Blattes, daß diese privaten Organisationen von der bayrischen Regierung als „Nothelfer“ gelöhnt und verpflegt werden. D. h. in Wirklichkeit aus der Reichskasse.

Ist die Besoldung von ausgesprochenen Rutschverbänden ein Recht, das der „bayrischen Eigenart“ entstammt? Das Vorgehen gegen Sachsen ist mit Reden kommunistischer Minister begründet worden, die mit Worten verlangen haben, was die bayrische Regierung seit langem tut. Zu allem Ueberflus erlauben wir uns daran zu erinnern, daß die Reichsregierung erst vorgestern die Öffentlichkeit auf Gefahren aufmerksam gemacht hat, die gerade von diesen merkwürdigen bayrischen „Nothelfern“ und ihren Freunden im Reich drohen.

Aber diese Darlegungen sind für die Reichsregierung will die ihr und dem Reich drohenden Gefahren eben nicht sehen. . .

die Arbeiterklasse zu tragen. Wir meinen die Illusion, daß man in einem solchen Kampf ohne Rücksicht auf den eigenen Bundesgenossen, ohne jede Rücksicht auf die Machtverhältnisse und auf die Psychologie der Bevölkerung in Deutschland über die Trümmer der Republik hinweg die proletarische Diktatur erkämpfen könne. Wir meinen die Illusion, daß in den Phrasen und Schlagwörtern der kommunistischen Partei die Rettung der deutschen Arbeiterklasse liege. Und wir meinen endlich die Illusion, daß die Macht der deutschen Arbeiterklasse entscheidend gestärkt werde, wenn die deutsche Sozialdemokratie unter Aufgabe ihres eigenen Wesens sich in die Arme der kommunistischen Partei werfen würde. Solche Illusionen müssen mit Sicherheit die Abwehrfront gegen den Faschismus zerklüften und zur Niederlage nicht nur der Republikaner in Deutschland, sondern vor allem der deutschen Arbeiterklasse führen.

Diese Gefahr wird von der kommunistischen Partei mutwillig heraufbeschworen. Ein Teil unserer Parteigenossen ist unverkennbar diesen Illusionen bereits verfallen. Es ist aber nötig, mit aller Klarheit in dieser ersten Stunde den Trennungsstrich zu ziehen gegen die kommunistische Partei. Die kommunistische Partei nutzt die Verzweiflungslimmung der Massen gewissenlos aus. Sie redet ihnen vor, daß Generaltreue und Putsch und Eroberung der politischen Macht auf diesem Wege die rettenden Mittel seien, um die deutschen hungernden Massen rasch aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien. Aber es kommt der kommunistischen Partei nicht auf den wirtschaftspolitischen Inhalt der Diktatur an, sondern nur auf die Diktatur selbst, durch sie selbst in engsten parteipolitischen Grenzen ausgeübt. Sie hat keine festen Vorstellungen davon, was am Tage nach der Eroberung der Diktatur geschehen kann und geschehen muß. Sie ist die Partei des reinen putschistischen Aktivismus. Wie Lundenorff schwört sie auf die Offensive um jeden Preis. Sie steht auf dem Boden jener selbsthätigen Machenschaften, nach der eine Niederlage schon ein halber Sieg ist, zwei Niederlagen also ein ganzer Sieg und vier Niederlagen zwei Siege.

Anders die Sozialdemokratie. Ihr geht es um den wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Inhalt der Politik. Sie kämpft um sozialistische Ziele, nicht um das Phantom einer Diktatur. Sie ist weit entfernt von einer demagogischen Ausnutzung der Notlage und Verzweiflung der Masse. Sie erwartet keine falschen Illusionen und begeht keine Kostäufereien. Sie sagt den Massen, daß nur in langwieriger und harter politischer Arbeit ein Ausweg aus der gegenwärtigen verzweifeltsten Situation gebahrt werden kann. Sie erblüht ihre politische Pflicht nicht im Wettrennen in Demagogie mit der kommunistischen Partei. Sie gibt vielmehr von vornherein zu, daß ihr auf diesem Gebiete die kommunistische Partei unendlich überlegen ist.

Das wäre ein schlechter Sozialist, der sich nicht verläßt auf die Klarheit seiner sozialistischen Ziele, auf die Ehrlichkeit und Lauterkeit seines Willens, und der nicht getragen wäre von dem festesten Vertrauen auf die siegreiche Kraft der sozialistischen Idee, sondern der sich fürchtet vor den demagogischen Künsten der Kommunisten! Unsere Kraft liegt in unserer Einheit und in unserem Vertrauen auf unser Recht und auf die Gerechtigkeit unserer Sache, nicht in dem Schielen nach dem vermeintlichen Bundesgenossen, der sich in den letzten Wochen als treulos und verantwortungslos erwiesen hat. Die Demagogie und die Perfidie überlassen wir den Kommunisten. Wir treiben nach wie vor Politik im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung vor den Arbeitern und vor der Geschichte.

Separatisten-Gefindel.

Der Vertreter des Brüsseler „Peuple“ (Volk), Genosse Denis, der während der separatistischen Unruhen im Rheinland weilte, schreibt unter der Überschrift „Gefindel“ über die Zusammenziehung der „rheinischen Truppen“:

„Als ich von Köln nach Brüssel fuhr, sah ich im Bahnhof von Aachen eine Abteilung von rund 700 Separatisten ankommen. Sie hatten als Uniform eine grüne Mütze. Die Führer trugen die grünweißrote Armbinde. Was sowohl die Führer wie die Leute angeht, so habe ich nie eine solche Vereinigung bestialischer Gesichter gesehen. Leute, die zu allem entschlossen sind, die sich dem Meistbietenden verkaufen, immer bereit, wenn man morde und plündern kann: Gefindel!“

Die 700 Gurken, von denen ich spreche, haben sich dann in den beiden Wartesälen des Bahnhofes verteilt. Sie hatten an jedem Eingang einen Wächter mit einem Knüttel aufgestellt und saßen in den Sälen nur Belgier und die Deutschen, die einen „rheinischen Regierung“ hatten. Das geschah in einem Bahnhof der Regie der rheinischen Bahnen, der also der Kontrolle der belgischen Behörden untersteht. Mit welcher Berechtigung erlauben sich die Separatisten diese Handlungsweise? Ich vergaß zu erwähnen, daß einige Führer den Degen trugen. Nochmals: auf Grund welcher Berechtigung?“

Ganz einfach: weil das belgische Militär das Gefindel behütet und beschützt.

Der weiße Terror ist der schlimmste.

Der Prozeß gegen den Mörder des Sowjetabgesandten Borowitsch und seinen Komplizen in Lausanne hat die Zeugenvernehmung gezeigt, welche Blut- und Gewaltherrschaft auch dem deutschen Volke blüht, wenn es sich nicht mit ganzer Kraft dem Ansturm monarchistischer Abenteuer entgegenwirft. Die Greuelthaten der Wrangel-Armee in Rußland wurden im Gerichtssaal wieder lebendig. Die ehemaligen russischen Generale Dostomalow und Dobrowoltsch, die seinerzeit auch unter Wrangel Dienste nahmen, schilderten diesen übereinstimmend als einen gewöhnlichen Abenteurer, der nicht das Heil Rußlands im Auge hatte, sondern nur persönliche Zwecke verfolgte. Der Terror der Weißen Armee sei viel schlimmer gewesen als der rote Terror. Alle Gefangenen, die irgendeinen Rang hatten, wurden erschossen und die Zivilbevölkerung ohne Ausnahme massenhaft hingerichtet. Angehörige der

furchtbaren Verbrechen, die die Armee Koltschaks gegen die russische Bevölkerung begangen hätte, seien die früheren Angehörigen der Weißen Armee nicht berechtigt, sich als Richter über die Volkshenker aufzuwerfen.

Zwei weitere Zeugen, der amerikanische Major Sidney Graff und der Lausanner Arzt Dr. Montandon waren ebenfalls Zeugen vieler Schandthaten der russischen Monarchisten. Die Offiziere in der Wrangel-Armee, in der Folterungen und Erschießungen der Gefangenen an der Tagesordnung gewesen seien, seien wahre Banditen gewesen.

Der General Dobromowski erklärte auf Befragen ferner, daß Wrangel in allen Hauptstädten, so auch in Berlin, einen militärischen Agenten unterhalte, daß es eine Organisation der früheren Wrangel-Offiziere gebe, die ihre Mittel von sämtlichen Monarchisten und auch von ausländischen Regierungen bezöge.

Dieser kleine Ausschnitt aus dem Prozeß in Lausanne sollte die deutschen Republikaner zu erhöhter Wachsamkeit anspornen. Die Freunde der Wrangel und Koltschak in Deutschland liegen auf der Lauer, um sich auf die Republik und ihre Träger zu stürzen. Ihr Sieg aber wäre ein furchtbares Blutregiment und das Ende der deutschen Kultur.

Dollar Amtliche Notiz 630 Milliarden vom Donnerstag

Umstellung auf Goldlöhne.

Das Ende der Papiermark hat jetzt selbst in Arbeitgebertreuen die Einsicht aufkommen lassen, daß mit der seitherigen Entlohnungsmethode gebrochen werden muß. Es gibt wohl noch einige rückständige, von kurzfristiger und selbstmörderischer Gewinnucht geleitete Unternehmergruppen, die den Papiermarktschwandel bei der Entlohnung noch einige Zeit betreiben möchten. Diese Schädlinge am Körper unserer Volkswirtschaft haben noch immer nicht begriffen, daß die furchtbare Krise im Inland und der Rückgang des Ausfuhrgeschäftes zurückzuführen ist auf die Aushöhlung der Kaufkraft der deutschen Verbraucher Massen infolge der Zahlung der Beamten, Angestellten, Arbeiter wie der Mittelschichten in Papiermark.

Aber es gibt auch einsichtigerer Unternehmer in Deutschland. So haben wir schon in einer Reihe von Berufen Lohnabkommen auf Goldbasis. In zwei Berufen, im Versicherungsgewerbe und in der Schuhindustrie, haben wir bereits Reichstaxen auf Goldbasis. Der am 2. November in Frankfurt a. M. abgeschlossene Reichstaxen der Schuhindustrie, der sich auf etwa 1500 Betriebe mit über 100 000 Beschäftigten erstreckt, verdient besondere Beachtung. Dr. Adolf Schick, der Syndikus der Unternehmerverbände der Schuh- und Lederwarenindustrie, schreibt darüber im „Berliner Tageblatt“:

Die Erfahrungen, die mit dem Indexlohn gemacht worden sind, waren die denkbar schlechtesten, sowohl vom Arbeitgeber- wie vom Arbeitnehmerstandpunkt aus. Die Arbeitnehmer beklagten sich mit Recht, daß in den meisten Fällen der Indexlohn, selbst wenn er im Zeitpunkt der Festlegung des Lohnes angemessen war, sich auf ganz geringe Beiträge, in Gold gerechnet, verflüchtigte bis zu dem Zeitpunkt, wo er zur Auszahlung gelangte bzw. herausgab werden mußte. Von einer Stabilität des Indexlohnes war nicht im entferntesten zu sprechen, auch nicht, als man versuchte, durch zweimalige Lohnnachschüsse und durch Einführung eines Entwertungsfaktors die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Eine Kalkulation auf Grund des Indexlohnes war kaum möglich. Maßgebende Kreise der Schuhindustrie haben daher seit langem die Einführung des Goldlohnes beschlossen, um die Kaufkraft der Bevölkerung wieder herzustellen und endlich wieder eine Kalkulation auf sicherer Grundlage, soweit dies heute möglich ist, zu schaffen.

Gesichert wurde ein Mindestlohn von 70 Goldschillingen unter Hinweis auf die eingetretene Wertminderung gegenüber einem Mindestlohn von 100 Reichsmark 1 von 40 Pf. vor dem Kriege, der allerdings während des Krieges auf 67 Pf. anstieg war. Die Arbeitgeber bieten demgegenüber einen Goldlohn von 40 Pf. in 1. Klasse 1 für angemessen, ohne sich dabei zu verhehlen, daß die Praxis die Tragbarkeit auch dieses Satzes für die deutsche Schuhindustrie erst noch erweisen muß. Man kam der Arbeitnehmerseite dadurch entgegen, daß man einen Prozentsatz Zuschlag für denjenigen Teil des Lohnes einführt, der nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln, also in Papiermark, gezahlt werden muß.

Wertbeständige Zahlungsmittel werden zu dem letzten vor dem Tage der tatsächlichen Zahlung an der Berliner Börse amtlich notierten Kurse angedeutet. Wertbeständige Zahlungsmittel, für die an der Berliner Börse keine amtliche Notierung erfolgt, werden zu einem mit der gesetzlichen Betriebsverrechnung jeweils zu vereinbarenden Kurs angedeutet. Soweit die Zahlung in Papiermark vorgenommen wird, erfolgt die Umrechnung des Goldmarkbetrags zu dem letzten vor dem Tage der tatsächlichen Zahlung an der Berliner Börse amtlich notierten Dollarkurs (1 Dollar gleich 4,20 Goldmark). Naturalien werden zu dem Geschäftskurs in Goldmark angedeutet. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, von ihm in Zahlung gegebene wertbeständige Zahlungsmittel auf Verlangen des Arbeitnehmers zu dem letzten vor dem Tage der Rücknahme an der Berliner Börse amtlich notierten Kurse zurückzunehmen.

Das Abkommen ist mit einmündlicher Frist zu Ende einer jeden Woche kündbar. Die Parteien waren sich darüber einig, daß sie zu einer Überprüfung der Goldlöhne erneut zusammenzutreten, wenn die in Goldmark errechneten Lebenshaltungskosten eine wesentliche Erhöhung oder Ermäßigung erfahren sollten.

Wir empfehlen dieses Abkommen der besonderen Beachtung aller gewerkschaftlichen Vertreter, die jetzt mit den Unternehmern in Unterhandlungen über die Einführung des Goldlohns sich befinden. Wir möchten sie ganz besonders auf die Bestimmung hinweisen, daß alle wertbeständigen Zahlungsmittel als sowohl Goldanleihe wie Dollarkaufanleihe, Rentenmark usw., umzurechnen sind nach dem amtlichen Dollarkurs. Die jetzt geschaffenen oder noch zu schaffenden wertbeständigen Zahlungsmittel sind also nur unter dem Vorbehalt bei allen Lohnabkommen zu berücksichtigen, daß sie auf Grund des Dollarkurses zur Verrechnung kommen. Auf keinen Fall darf ein Lohnabkommen getroffen werden, das auf Rentenmark, Goldanleihe und so weiter lautet.

Zweitens empfehlen wir, daß bei Lohnverhandlungen als Maßstab die Lebenshaltungskosten genommen werden. Das heißt, daß die durch die Reichsindexziffer festgestellten Kosten des Existenzminimums am Stichtag Goldumzurechnen sind und danach die Lohnhöhe vereinbaren ist.

Ob und wie weit das durch das Reichsstatistische Amt errechnete Existenzminimum ausreichend ist, darüber wäre noch zu reden. Jedenfalls ist zu verlangen, daß die am Montag festgestellten Lebenshaltungskosten fünf Goldmark veröffentlicht werden.

Die jetzige Form der Veröffentlichung hat jeden Sinn und auch jeden praktischen Wert verloren. Es ist sinnlos, uns zu sagen, daß am letzten Montag die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zu Juli 1914 auf das rund 100-milliardefache — in Papiermark — gestiegen sind, wenn nicht hinzugefügt wird, wieviel das Existenzminimum in Goldmark ausmacht und wie die Veränderung seit 1914 sich in Goldmark ausdrückt.

Nachdem die Papiermark auch für die Reichsbetriebe, ja sogar für das Reichsfinanzministerium aufgehört hat, ein Wertmesser zu sein, wäre es nachgerade Zeit, daß auch das Reichsstatistische Amt sich dem allgemeinen Mias der Goldmarkrechnung anschließt.

Steuerabzug bei Kurzarbeitern.

Da in der letzten Zeit vielfach Zweifel darüber entstanden sind, wie der Lohnabzug bei Kurzarbeitern vorzunehmen ist, weisen wir darauf hin, daß folgende gesetzliche Regelungen bestehen. Der § 9 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 lautet folgendermaßen:

Ist der Arbeitnehmer während einer Lohnzahlungsperiode bei einem Arbeitgeber regelmäßig beschäftigt, so wird die Gewährung der für die Lohnzahlungsperiode vorgesehenen Ermäßigungen bis zum Ablauf des Arbeitsverhältnisses nicht dadurch ausgeschlossen, daß er für einen Teil der Lohnzahlungsperiode keinen Lohn bezogen hat.

Neben den Fällen der Krankheit und des Urlaubs findet diese Bestimmung insbesondere auch Anwendung bei Kurzarbeitern, die nur ein Arbeiter nur an 3 Tagen in der Woche, so ist bei seiner Lohnsteuerberechnung gleichwohl der volle Betrag der Ermäßigungen abzuziehen. Wenn dadurch ein Arbeitnehmer, der nur Kurzarbeit leistet, steuerfrei wird, so ist damit gerade der Zweck der Ermäßigungsbeiträge beim Lohnabzug erreicht, die die Steuerfreiheit desjenigen Arbeiters ermöglichen sollen, der nur das zum Leben und Unterhalt notwendige verdient. Ein Kurzarbeiter wird daher erst steuerpflichtig, wenn er in der Woche vom 4. bis 10. November als Lediger mehr verdient hat als 322 560 Millionen, als Verheirateter ohne Kinder mehr als 357 120 Millionen. Für jedes Kind tritt dazu ein steuerfreier Betrag von 230 040 Millionen.

Notizen.

Aurufung des Staatsgerichtshofs. Die sächsische Regierung hat, wie amtlich bekanntgegeben wird, wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Reigner wegen der Antisenkung der bisherigen Minister durch den Reichskommisar und wegen des Verbotens des Landtagszusammentritts am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahme anzufragen.

Veränderung der sächsischen Gemeindefragen. Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Sachsen und im Reich haben das Ministerium des Innern veranlaßt, die Gemeindefragen, die ursprünglich am 18. d. M. stattfinden sollten, auf den 13. Januar 1924 zu verlegen. Die neue Verordnung des Ministeriums enthält die näheren Bestimmungen, nach denen insbesondere die Wählerlisten zur Berücksichtigung der inzwischen eintretenden Änderungen neu ausgearbeitet werden sollen. An dem Termin des Inkrafttretens der Gemeindefragen wird nichts geändert.

Die Preistreiber verprügeln sich. Auf der Groß-Berliner Güter-Auktion kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Käufergruppen, von denen die einen nach der Meinung der anderen zu hohe Angebote gemacht hatten. Es brach schließlich ein allgemeiner Tumult aus, so daß die alarmierte Schuttpolizei das Versteigerungslokal räumen mußte. Die vereinigten Verbände der Käufer für deutsche Güter und Kasse wollen zu der Frage Stellung nehmen, ob die Auktionen, die eine preistreibende Wirkung ausüben, überhaupt fortgesetzt werden sollen.

Kommunistenverhaftungen in Rostock. In der Nacht vom Sonntag zum Montag und im Laufe des Dienstags wurden 21 Kommunisten, darunter eine Frau, verhaftet. Ferner wurden bei verschiedenen Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen und weitere Verdächtige festgenommen. Im Schutzwort bei Rostock wurde ein Lager, das 60 Mauserpistolen mit Munition enthielt, aufgedeckt. Untersuchungen sind noch im Gange.

Neue Verhaftung Walter Dehmes. Der Journalist Walter Dehme ist auf Grund eines Befehls des Militärbefehlshabers des Reichslandes Berlin erneut verhaftet worden. Nach dem Haftbefehl hat Dehme durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelfähig behauptet dargestellt wurde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse bietet er somit eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs, der nur durch seine Verhaftung vorgebeugt werden könnte. Die Vorbereiter des Bürgerkrieges meinen demnach dem General nicht so gefährlich, wie Leute, die darauf aufmerksam machen. Somit möchte man doch auch einmal etwas von Verhaftungen dieser monarchistischen Unruhestifter hören.

Zeitungsverbote. Die deutsch-nationale „Halleische Zeitung“ ist wegen der Herausgabe eines irreführenden und verlegenden Flugblattes vom Verbotskommando 4 auf 3 Tage verboten worden. Auf neue bis auf weiteres verboten wurde das kommunistische Organ für Chemnitz, „Der Kämpfer“.

Blutbilanz der Krakauer Unruhen. In Krakau ist, nachdem am Dienstag während der Unruhen etwa 30 Personen getötet und 100 verwundet worden sind, die Ruhe wiederhergestellt. Lejona Golecki und General Gittel sind wegen Mangels an Kraft und Energie ihrer Posten entbunden worden. Der General ist für beendet erklärt worden. Kom bei den Unruhen eingezogen 8. Infanterieregiment werden drei Offiziere und zwölf Mann als gefallen, 64 Mann als verletzt gemeldet.

Bombenattentat in Warschau. Durch einen Bombenanschlag wurde das im Mittelpunkt Warschaws gelegene Bezirkslokal der Sozialisten zerstört. Ein Hauswächter wurde getötet, eine zweite Person verletzt. Das Attentat scheint ein Rachakt der Rechtsradikalen zu sein.

Sulgarier nimmt die Sühneforderungen an. Die bulgarische Regierung hat die von der Belgrader Regierung gestellten Sühneforderungen angenommen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. November 1923.

Der 9. November.

Ein halbes Jahrzehnt ist ins Meer der Vergangenheit gesunken seit der Stunde, in der von der Terrasse des Reichstagsgebäudes die deutsche Republik ausgerufen wurde.

Was sich am 9. November 1918 mit eruptiver Gewalt durchsetzte, war die Sehnsucht nach Frieden, nach Nahrung und nach Freiheit. Innen- und außenpolitisch! Was aber am gleichen Tage zusammenstürzte, war ein System, das sich selbst überlebt hatte.

Ein System ging zu Bruch. Es hatte in den Jahrzehnten seiner Macht und seiner prunkenden Herrlichkeit das Land in der Welt isoliert, es von Feinden rings umgeben lassen und nichts getan, um Land und Volk fest miteinander zu verschmelzen.

Am 9. November 1918 wurde der Schlüsselpunkt unter diesem System des lügerischen Glanzes und der sozialen Unterdrückung gesetzt. Die Revolution der Soldaten und Arbeiter war der Ausschrei eines gequälten Volkes; das jahrelange Entbehren, Not und Kriegslid ertragen hatte in der Hoffnung, nach dem Ende dieses blutigen Ringens dies Land auch als sein Land, diese Heimat auch als seine freie Heimat grüßen zu dürfen.

Das Geschick, das sich am 9. November 1918 in alle Ecken verbrochen hatte, kam wieder hervor, als es sich herausstellte, daß die Republik Humanität wahren ließ. Humanität auch gegen die Feinde. Die Reaktion erhob frech ihr Haupt, sammelte Gesolgenschaft und wendete wirtschaftliche Machtmittel mit aller Brutalität an.

So stehen an der Schwelle des sechsten Jahres der Republik die treuesten Anhänger der Republik in großer wirtschaftlicher Not, aber bereit zum Kampf um die Republik. Sie hungern, aber sie wissen, daß der Weg rückwärts in Knechtschaft und Barbarei führt, wenn die Feinde der Demokratie siegen, und stehen darum zu dieser Republik trotz Hunger und Not.

Die Arbeiterschaft ist zum Teil ermüdet und verwirrt. Aber noch ist sie stark, wenn sie stark sein will. Und sie, die Schöpferin und Trägerin der Republik ist, wird den Willen zeigen, diese Republik trotz allem zu erhalten und auszubauen.

Parteibeitrag.

So wie sich durch die Wertentwertung allwöchentlich das Lohn' einkommen jedes einzelnen verändert, muß sich ganz selbstverständlich auch der Beitrag für die Partei verändern. Und trotzdem ist es der Partei nicht möglich, das Allernötigste leisten zu können.

Der Parteivorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit den örtlichen finanziellen Verhältnissen der Partei befaßt und hat nach gründlicher Beratung beschlossen, zu dem Beitrag des Bezirks einen besonderen Zuschlag für Magdeburg zu erheben.

Der Beitrag für die 46. Woche beträgt für Männer 12 1/2 Milliarden, für Frauen 2 1/2 Milliarden Mark.

Der Vorstand. J. A. D. Winger.

Die Sozialrentner erhalten nach einem Erlaß des Ministeriums für Volkswirtschaft für die erste Novemberhälfte das 3/4fache der bisher gezahlten Unterstützung noch einmal.

die Zeit von 8 Uhr 30 bis 12 Uhr, und für die Buchstaben G bis R und S bis Z die Zeit von 12 bis 5 Uhr festgelegt. Zur Vermeidung unnötigen langen Wartens und Stehens werden die Empfangsberechtigten gebeten, sich streng an diese Zeiten zu halten.

An die Parteigenossenschaft!

Der Parteibeitrag für die 46. Woche beträgt für Männer 10 Milliarden Mark, Frauen 2 Milliarden Mark.

Für die 45. Woche betrug der Beitrag 2 bzw. 1/2 Milliarden. Wir bitten die Ortsvereinsleitungen dringend, sofort die Beiträge zu fassen. Die Einhebung der Beiträge aus den Ortsvereinen lohnt sich in vielen Fällen schon nicht mehr, weil das Porto sehr oft höher ist als die zu verbundene Summe.

Der Bezirksvorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei für Magdeburg-Umland.

Gegen die Aufkäufer wertbeständigen Geldes. Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben: Auch in Magdeburg kursieren Gerüchte, denen zufolge wertbeständiges Geld systematisch aufgekauft und damit der Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln hervorgerufen werde.

Der Alters- und Kinderhilfe ist von der Direktion der Diakonalgesellschaft Ende Oktober eine Spende von 500 Milliarden überwiehen worden.

Die Anzahlung der Zusatzrenten an Kriegerehrentafeln erfolgt in den Räumen des Versorgungsamts.

Table with columns for date, location, and amount. Includes entries for Montag, 12. Novbr. and Dienstag, 13. Novbr. with various amounts and locations like A B D, C E F G, H J O, K P, L M, N Q R V T, W Z, S Sch.

Zur Vermeidung von Störungen ist diese Einteilung innezuhalten. Als Ausweis der Empfangsberechtigten dienen Rentenbescheid und Stammkarte.

Die Ermäßigung beim Steuerabzug. Mit Rücksicht darauf, daß die Löhne in der Vergangenheit zahlenmäßig immer höher geworden sind und daß daher trotz jeder noch so erheblichen Steigerung der Verhältniszahl die Belastung eines Arbeitnehmers mit Normallohn und zwei minderjährigen Kindern immer wieder über die an sich gewollte Belastung von etwa 6 v. H. hinausgegangen ist, hat das Reichsfinanzministerium die Verhältniszahl mit der die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu veranschlagen sind, für die Zeit vom 11. bis zum 17. November 1923 auf dreihunderttausend festgesetzt.

Zwanzigstellige Invalidenträge. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers sind die bisherigen Verdienst- und Beitragsätze der Invalidentversicherung mit Wirkung vom 5. November 1923 an verzwanzigtacht worden.

Regelung des Postbetriebs. Wegen des besonders starken Andrangs in den Abendstunden werden von Montag den 12. November an bei den Postanstalten in Magdeburg gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen und Zahlkarten nur bis 4 Uhr nachmittags angenommen.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Achtung, Bezirks- und Beitragskassierer! Der Beitrag für die 46. Woche beträgt in Magdeburg für Männer 12 1/2 Milliarden, für Frauen 2 1/2 Milliarden.

Eine Anfrage. Wir haben ein Krematorium. Es hat zwar einige Mühe gemacht, die in Frage kommende Stelle des Magistral in Bewegung zu setzen, damit endlich das Werk begonnen wurde.

Auffüllung der Schutzpolizei. Der preußische Minister des Innern hat angeordnet, daß die fehlenden der Schutzpolizei in der Provinz Sachsen sofort durch Einstellung von Bewerbern besetzt werden. Die Einstellungen sollen auf der Grundlage der preussischen Regierungskontingente erfolgen.

Schuljubiläum. Am 27. Oktober feierte die Reustädter Volkshochschule ihr 50jähriges Bestehen durch einen schlichten Aktus auf dem Flur des Schulgebäudes.

Sonntagstunden für Arbeiter. Es wird darauf hingewiesen, daß der Saal des Frankenhofs zu der Sonntagsveranstaltung, die 1/2 Uhr beginnt, geheizt ist.

Hundehaltung und Hundesteuer. Der Magdeburger Tierärzverein schreibt uns: Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt bei Bäckermeister Schwaneberg, Knochenhauerstr. 52.

Zu der Freikant im Schlachthof findet Verkauf von rohem Pferdefleisch noch am Sonntag den 10. November, vormittags von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt.

Dreier Diebstahl. Am Donnerstag abend wurde in einem Konfektengeschäft in der Wilhelmstraße ein Käufer, während er das auf dem Ladentisch liegende Geld nachzählte, die vor ihm liegende Brieftasche gestohlen.

Ermittelte Diebe. Zu dem am 26. v. M. in der Großen Meißnerstraße verübten großen Schloßdiebstahl sind der Handlungslehrling Walter Wendl, Große Markstraße 19, und der Arbeiter Wilhelm Gaumann, Kasernenstraße 7, als Täter ermittelt und festgenommen worden.

Ein Fahrrad angeschossen. Freitag mittag gegen 12 Uhr traf ein Kriminalbeamter einen schon lange von der Kriminalpolizei gefuchten gewerbemäßigen Fahrraddieb, der eine ganze Reihe Fahrradodiebstähle auf dem Reckholz hat, zufällig auf dem Haffelbachplatz.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Sonnabend (2. Abend): Sygdes und sein Ring. - Sonntag (Abend aufgehoben): Saundauer. - Wilhelm-Theater. Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Till Eulenspiegels. - Sonntag (offene Vorstellung): Till Eulenspiegels.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 960 Millionen M. aufgenommen. Verein der Freireiter für Feuerbekämpfung. Dienstag den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, Monatsberichterstattung im kleinen Saale des „Sofädgers“.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben. Die Auszahlung der Sozialrenten, Kleinrenten und Armenunterstützungen findet Sonnabend 8-12 Uhr bei Neuberg statt.

Kreis Jerichow 1.

Burg. Unterlassener gesucht. Infolge Abreise einiger Unterlassener werden einige Genossen gebeten, es für ihre Parteipflicht zu erachten, das Amt eines Kassierers vorübergehend zu übernehmen.

Unterbezirk Neuhaldensleben - Wolmirstedt.

Weizendorf. Volkerversammlung. In einer äußerst stark besuchten öffentlichen Versammlung schilderte Genosse Brandenburg die politische Lage. Das Schreiben der Reichs- und Volksbewegungen gegen die sozialdemokratischen Bemühungen, Gebührende für die Arbeiterschaft zu tun, ist ihm schon an unserm jetzigen Abend die deutsche Arbeiterschaft ist jetzt am Scheideweg angelangt.

